

# Inhalt

*Lenelotte Möller*

Vorwort.....5

*Ute Engelen, Walter Rummel*

Einleitung .....7

## DIE POLITISCHE EBENE

*Elise Julien*

Erster Weltkrieg und Besatzungszeit aus französischer Perspektive .....13

*Gerhard Hetzer*

„Die Pfalz wird nur dann dem Reiche erhalten werden, wenn sie B a y e r n erhalten wird“. Die Sicht der bayerischen Staatsregierung auf die Besetzung im Rheinland.....27

*Michael Martin*

Unbekannte Quellen in Pariser Archiven.....55

*Richard Hedrich-Winter*

„The Best Cared For Army“ – der „Third Army Carnival“ 1919 in Koblenz: Reformpolitisch motivierte Fürsorgemaßnahmen für die US-Streitkräfte .....60

## GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

*Hans Ammerich*

Pfälzische Geldscheine der Inflationszeit 1923.....93

*Ute Engelen*

Konkurs infolge der Französischen Besetzung? Empirische Unternehmensanalyse und Richtigstellung historischer Schuldzuschreibungen.....115

*Thomas Fandel*

Die katholische Kirche in der Pfalz und die französische Besatzungsmacht nach dem Ersten Weltkrieg.....142

*Matthias Schmandt*

Der lange Schatten der Germania: Bingen während der Besatzungszeit 1918–1930 .....170

*Michael Martin*

Mannheim und die Auswirkungen der französischen Rheinlandbesatzung 1918–1923 ...180

## AUTONOMIEBEWEGUNGEN

*Otmar Seul*

Die Birkenfelder Republik 1919. Französische Dokumente zur  
Autonomiebewegung in der oldenburgischen Provinz Birkenfeld  
unter französischer Militärverwaltung ..... 190

*Otmar Seul*

1923: „Separatismus“ im oldenburgischen Landesteil Birkenfeld  
unter französischer Militärverwaltung im Spiegel französischer Quellen ..... 199

*Heike Wittmer*

Pirmasens und das gewalttätige Ende der Autonomiebewegung am 12. Februar 1924 ... 220

*Volker Gallé*

Adolf Bley – Pazifismus und Autonomie in der Pfalz ..... 246

*Stefan Schaupp*

SPD und Autonomiebewegung ..... 254

*Max Oehlmann*

Der Clive-Report vom Januar 1924.

Die Pfalzfrage als Thema der britischen Außenpolitik ..... 265

## WIRKUNGEN UND NACHWIRKUNGEN

*Armin Schlechter*

Besatzung und „Separatismus“ im Spiegel zeitgenössischer Publizistik ..... 275

*Heinrich Thalmann*

„Die Erinnerung an eine große Vergangenheit soll Großes schaffen in der Zukunft“.

Kriegerdenkmäler in der Pfalz während der französischen Besatzung ..... 309

*Julia Wambach*

Lehren aus der Vergangenheit – Das Erbe der rheinisch-pfälzischen

Autonomiebewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg ..... 322

LITERATURVERZEICHNIS ..... 330

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN ..... 354

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ..... 358

ABBILDUNGSNACHWEIS ..... 359

Elise Julien

## Erster Weltkrieg und Besatzungszeit aus französischer Perspektive

Heutzutage ist der Erste Weltkrieg in Frankreich ein wichtiges Kapitel der nationalen Geschichte, ein unumgänglicher Bezugspunkt und eine symbolische Ressource, die jederzeit politisch mobilisiert werden kann. Die Erinnerung an ihn ist auch hundert Jahre später noch allgegenwärtig und eindringlich.<sup>1</sup> Die Besatzungszeit in Deutschland nach diesem Krieg ist in Frankreich dagegen eine oft vergessene Begebenheit.<sup>2</sup> Doch ist die Analyse dieses Zeitabschnittes auch äußerst wichtig für das Verständnis der gemeinsamen deutsch-französischen Geschichte. Daher ist – im Rahmen einer kollektiven Überlegung zur Besatzungszeit im heutigen Rheinland-Pfalz – es notwendig, sich für die Gründe, Modalitäten und Auswirkungen der Besatzung in Deutschland aus französischer Perspektive zu interessieren.

Aufgrund der Tatsache, dass die Besatzung direkt aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war, wird dieser Aufsatz zunächst auf die französische Sichtweise zurückblicken, die in den Jahren des Konflikts dominierte. Der Kriegsausgang und die erste Zeit der militärischen Besatzung auf der Grundlage der Waffenstillstandsklauseln stellten dann einen Schlüsselmoment dar: Die ersten Kontakte zwischen Besatzern und Besetzten erwiesen sich in der Tat als entscheidend für das Erleben und das Verständnis der gesamten Besatzungszeit. Schließlich wird auf einige Episoden und besondere Aspekte der Periode eingegangen, die aufschlussreich für die französischen Vorstellungen, für eine gewisse Kontinuität zwischen Kriegs- und Besatzungszeit und schließlich für die historischen Möglichkeiten und Hindernisse auf dem Weg einer Versöhnung zwischen den beiden Ländern waren.

### 1. Die Sichtweise Frankreichs hinsichtlich des Ersten Weltkrieges

Zunächst sollte man auf die Kriegszeit zurückblicken, um die Bedingungen der Nachkriegszeit etwas besser nachvollziehen zu können. Schon ab 1914 und während des gesamten Weltkrieges hatten Deutsche und Franzosen gewisse Erfahrungen gemein. Auf beiden Seiten fühlte sich die Bevölkerung angegriffen und betrachtete den Krieg als einen Verteidigungskrieg.<sup>3</sup> Die Kriegserklärung kam für die Franzosen von deutscher Seite. Der Einmarsch in das neutrale Belgien und in den Nordosten Frankreichs machte die Notwendigkeit einer defensiven Mobilisierung sehr konkret. Für die Deutschen war die Sachlage nicht weniger eindeutig, da Feinde sie offenbar einkreisten. Frankreich und Russland sprachen sich ab, um das legitime Anwachsen des Reiches auf dem Kontinent zu verhindern. Gleichzeitig beherrschte

1 OFFENSTADT, 14-18 aujourd'hui.

2 BEAUPRÉ, *Occuper l'Allemagne*, S. 19, siehe dort insbesondere den letzten Absatz.

3 *Les Entrées en guerre en 1914*; BECKER, 1914; KRUMEICH, *Vorstellungen*.



Abbildung 1: François Rude: Der Aufbruch der Freiwilligen von 1792 (besser bekannt als *La Marseillaise*), Hochrelief auf dem Triumphbogen in Paris (1833–1836)

Großbritannien die Weltmeere mit seiner Flotte und grenzte somit deutsche Absatzmärkte ein. Diese Sichtweise wurde durch die Konsequenzen der mit dem Krieg einsetzenden alliierten Wirtschaftsblockade bestärkt. Territoriale Konflikte – wie die um Elsass-Lothringen – oder koloniale Streitigkeiten – beispielsweise um Marokko – reichten zweifelsohne nicht aus, um einen Krieg anzuhängen. Sie trugen aber dazu bei, die allseitigen Überzeugungen, für „sein gutes Recht“ zu kämpfen, zu untermauern. Das erklärt auch die große Unterstützung der Mobilmachung durch verschiedene Bevölkerungsteile, darunter auch Regimegegner.<sup>4</sup> Für alle Beteiligten war also der Krieg hauptsächlich ein Verteidigungskrieg.

Während des Krieges waren auf deutscher wie französischer Seite Gemeinsamkeiten in der massiven Mobilisierung und im Kriegseinsatz der Wehrpflichtarmeen zu finden.<sup>5</sup> Der deutsche „Landser“ und der französische „Poilu“ machten ähnliche Erfahrungen, wie zum Beispiel das Leben in den Schützengrä-

ben, die Entwicklung der Kämpfe oder der Erwerb neuer Waffen und Ausrüstungen. Auch die ebenfalls mobilisierten Gesellschaften machten gemeinsame Erfahrungen.<sup>6</sup> Beiderseits musste der Staat weiter funktionieren, obwohl er nun Männer im besten Alter entbehren musste. Die Armee brauchte Essen, Kleidung und Rüstung. Dies erklärt die starke Mobilisierung, gleichwohl in der Agrar- als auch in der Industriegesellschaft. Die wirtschaftliche Mobilisierung ging zudem mit einer sozialen, politischen und kulturellen Mobilisierung

4 KRUMEICH, Burgfrieden.

5 WINTER (Hrsg.), *Cambridge History of the First World War*, Band 1.

6 Ebenda, Band 3.

einher, die auf geförderten patriotischen Gefühlen aufbaute. Schließlich teilten die kriegführenden Gesellschaften den gleichen Glauben an den Sieg. Jeder war von seinem Recht überzeugt und vertraute auf die nationale Mobilisierung, weshalb es am Ende nur einen strahlenden Sieg geben konnte.

Allerdings darf man nicht verschiedene Interpretationen des Konfliktes ausblenden. In Deutschland wurde der Krieg eher als notwendige Offensive gegen feindselige Nachbarn wahrgenommen. Innenpolitisch gesehen war der Krieg ein Bruch. Ein neuer Geist sei demnach 1914 in Deutschland entstanden.<sup>7</sup> Dieser sollte nationale Einigkeit schaffen sowie soziale Spannungen überwinden, um das Land wieder zu beleben.

In Frankreich dagegen wurde der Krieg in eine historische Kontinuität eingefügt. Die seit der Revolution präsen- te manichäische Sichtweise der internationalen Beziehungen sah Frankreich noch immer als

Urheber von Freiheit und Fortschritt. Während des Weltkriegs und danach vermehrten sich die Verweise auf die revolutionäre Bildsprache, insbesondere auf die Figur der „nationalen Freiwilligen“, die 1792 bereit waren, dem Ruf des „Vaterlandes in Gefahr“ zu folgen – bis 1793 die Massenerhebung ausgerufen wurde.

So fand sich das Motiv des Aufbruchs der Freiwilligen von 1792, wie es in François Rudes Meisterwerk auf dem Triumphbogen in Paris dargestellt wurde, u.a. auf einem Plakat der dritten Nationalanleihe wieder. Die Marseillaise wurde zu Marianne. Dennoch schwingt sie das gleiche Schwert, trägt die gleiche Kopfbedeckung und das gleiche antike Gewand. Zudem zeigt sie die gleiche Entschlossenheit, die Soldaten zum Sieg gegen den gleichen Feind zu führen (das Preußen und Österreich von 1792 wurde 1917 einfach durch Deutschland und



Abbildung 2: Georges Scott: Plakat für die dritte Nationalanleihe (1917)

7 VERHEY, „Geist von 1914“.

Österreich-Ungarn ersetzt). Kurzum: Während Deutschland sich zum „Geist von 1914“ bekannte, frischte Frankreich den „Geist von 1789“ wieder auf.<sup>8</sup>

Während des Konflikts verlief die Westfrontlinie quer durch Frankreich von der Nordsee bis zu den Vogesen. Paris wurde am Anfang und am Ende des Krieges (direkt) bedroht und reichlich bombardiert.<sup>9</sup> Die Verwüstungen, die den Deutschen zugeschrieben worden sind, würden demnach eine spezifisch deutsche Gewalt zeigen. Dazu kam, dass zwei Millionen Franzosen fast während der gesamten Dauer des Krieges militärisch besetzt wurden.<sup>10</sup> Sie blieben vom Rest des Landes völlig abgetrennt, hatten zum Beispiel keinen Kontakt zu ihren Angehörigen. Ihr Alltag bestand aus vielen Vorschriften, Reisebeschränkungen, Besatzerunterbringungen, Zahlungen von Kriegskontributionen, Beschlagnahmungen, Versorgungsschwierigkeiten, usw. Zu diesen materiellen Bedingungen kam noch eine Politik der Zwangsarbeit (in Arbeiterbataillonen), der Geiseln (als Garantie für die Unterwerfung der Bevölkerung) und der Deportationen (als Vergeltung) hinzu.

Durch den Ausbruch und den Verlauf des Krieges fühlten sich die Franzosen in Ihrer Auffassung, Opfer des deutschen Unrechts zu sein, bestätigt. Insgesamt sollte der Krieg nur Mittel zum Zweck sein, nämlich eine neue sichere Weltordnung zu schaffen, wobei Frankreich als Vertreterin des Völkerrechts eine führende Rolle zu spielen hatte.

Ende 1918 war mit dem Waffenstillstand das lang ersehnte Ende gekommen. Doch es war nicht für alle der erwartete Sieg. Der Krieg wurde nunmehr durch den Kriegsausgang interpretiert.<sup>11</sup> In Deutschland bewirkte die Niederlage Bestürzung, denn die Bevölkerung war sich des Zustands der Armee nicht bewusst und hatte zudem kaum feindliche Truppen auf dem Reichsgebiet gesichtet. In Frankreich vermischte sich Erleichterung mit Stolz und führte zunächst zu einem kollektiven Überschwang. Der Sieg bestätigte das Gefühl der Unschuld in der Auslösung des Konflikts und in den Kampfhandlungen. Für die Franzosen sollte ein zukünftiger Friedensvertrag, auf das Völkerrecht gestützt, die Basis für eine friedliche Weltordnung bilden.

## 2. Frankreich und die anfängliche militärische Besetzung 1918–1919

Bis zur friedlichen Weltordnung sollte es noch etwas dauern. Die Besetzung der westlichen Gebiete Deutschlands wird zwar spontan mit dem Versailler Vertrag von 1919 verknüpft, aber der erste juristische Rahmen für eine präventive Militärbesetzung wurde in der Tat durch die Regelungen des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 festgelegt.<sup>12</sup> Insofern war die Besetzung eine direkte Folge des alliierten Sieges und der deutschen Niederlage. Der Artikel 5 des Waffenstillstandes sah die Evakuierung aller deutschen Truppen und die Kontrolle der Alliierten über diese Gebiete vor, sowie die Besetzung durch ein Militärkontingent

8 JULIEN, Paris, Berlin.

9 POIRIER, Les bombardements de Paris.

10 BECKER, Oubliés de la Grande Guerre; NIVET, La France occupée.

11 AUDOIN-ROUZEAU/PROCHASSON (Hrsg.), Sortir de la Grande Guerre.

12 MEYER, Le 11 novembre.

Michael Martin

## Unbekannte Quellen in Pariser Archiven

Archive sind nicht alles, aber ohne Archive ist alles nichts. Ein plakativer Einstieg, aber da Archivalien die Basis für ordentliche historische Forschung sind, steht ein Überblick über die Quellen und ganz besonders die französischen, logischerweise am Beginn der Referate dieser Tagung.

Wo und mit welchen Themen spiegelt sich die französische Besetzung zwischen 1919 und 1930 in französischen Archiven wider?

Die drei großen Archive in bzw. bei Paris sind: Das Nationalarchiv (Archives nationales de France, ANF) in Paris-Pierrefitte, das Archiv des Außenministeriums (Archives du Ministère des Affaires Étrangères in La Courneuve bei Paris bzw. Centre des Archives diplomatiques, CAD) und das Militärarchiv (Service Historique de la Défense, SHD) in Vincennes. All diese Archive verwahren für verschiedene Themen der rheinland-pfälzischen Geschichte bedeutende Aktenbestände, die bislang von deutschen Historikerinnen und Historikern aus verschiedenen Gründen entweder noch überhaupt nicht oder nur teilweise ausgewertet wurden.

So zitieren die Standardwerke über die pfälzische Autonomiebewegung,<sup>1</sup> über die Frühzeit der NSDAP<sup>2</sup> oder die Arbeit über die Verwaltung<sup>3</sup> auffallend wenige oder gar keine Quellen aus französischen Archiven. Ein bedeutendes Gegenbeispiel ist die Arbeit von Markus Würz zum Aufstieg der NSDAP in Rheinhessen auf der Grundlage eben auch von französischen Quellen.<sup>4</sup>

Beginnen wir mit dem Archiv des französischen Außenministeriums. Die umfangreiche diplomatische Korrespondenz in der „série rive gauche“ befasst sich mit einer großen Bandbreite von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Themenfeldern. Die „séries“ entsprechen den „Beständen“ in den deutschen Archiven.

Schwerpunkte in der genannten Aktenserie sind der „Separatismus“, die militärische Besetzung und die Räumung des Rheinlandes und der Pfalz, Stimmungsberichte, soziale Konflikte, wie Streiks und Zwischenfälle mit der Bevölkerung. In den meisten Bereichen gibt es Überschneidungen mit der Überlieferung in den anderen oben erwähnten Archiven. Die Parallelen hängen damit zusammen, dass jedes französische Ministerium einen eigenen aktenführenden Geheimdienst unterhielt bzw. noch unterhält.

Die Archives nationales sind zweifellos das wichtigste Archiv auch für die Thematik der Besatzungszeit der Jahre 1918–1930. Der umfangreichste Bestand ist die Serie AJ/9 mit mehr als 600 laufenden Metern, die „Papiers Tirard“, genannt nach Paul Tirard, von 1919 bis 1930 Hochkommissar und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission (IRKO). Der Bestand ist durch ein detailliertes Inventar von rund 7.000 Seiten erschlossen, das als

---

1 GRÄBER, Revolverrepublik.

2 KREUTZ, Pfalz; NESTLER, Quellen; FENSKE, NSDAP.

3 GEMBRIES, Verwaltung.

4 WÜRZ, Kampfzeit.

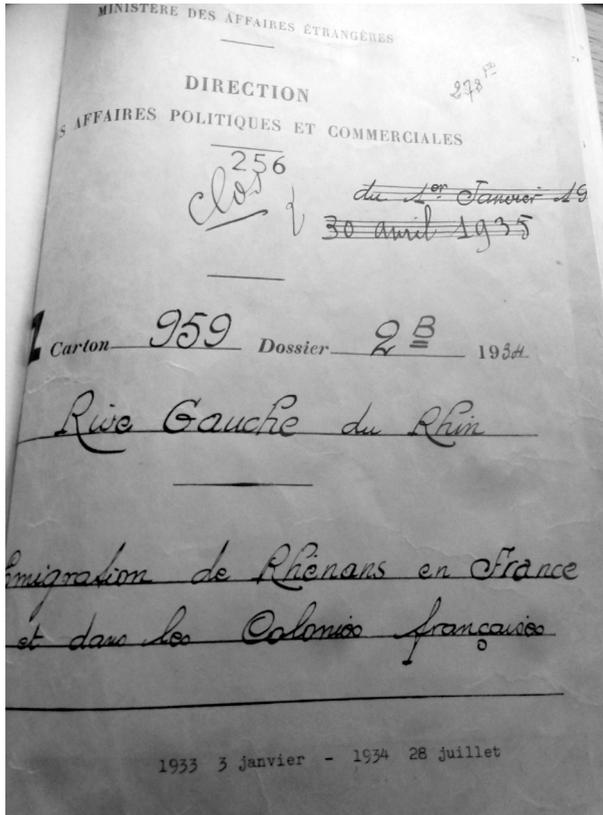


Abbildung 1: Akte zur Emigration von Rheinländern nach Frankreich und in die französischen Kolonien

PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

Die 14.000 Entscheidungen, die 400 Sitzungsprotokolle und die 319 „Ordonnances“ der Rheinlandkommission liegen in gedruckter Form in Englisch und Französisch vor. Da die Besatzung im Laufe der Zeit eine umfangreiche Verwaltung aufgebaut hat, die in alle Lebensbereiche hineinwirkte, kann man sich die Bandbreite unschwer vorstellen.

Was bei der Arbeit mit diesem Aktenbestand vor allem beeindruckt, sind die ausführlichen Protokolle der *Sûreté*, also der Geheimpolizei, in der Serie AJ/9 über den Aufstieg der NSDAP von ihren Anfangsjahren an, wobei auch in kleinen Gemeinden die ersten Versammlungen überwacht und protokolliert wurden. Wie weit diese Akten über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen, kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden.

Drei Themen aus der Besatzungszeit sind besonders im Hinblick auf die Überlieferung in den Archives nationales anzusprechen. Zunächst das Thema des sogenannten Separatismus.<sup>5</sup> Hierzu liegt in der genannten Serie AJ/9 massenhaftes Material vor. Das reicht von fotografischen Aufnahmen und Analysen bis hin zu ausführlichen biografischen Details, darunter z. B. zu dem Autonomistenführer Adolf Bley.<sup>6</sup> Weiterhin findet sich darin eine Korrespondenz der Schwester des Anführers der pfälzischen Autonomisten Franz-Josef Heinz (-Orbis) mit den Besatzungsbehörden.<sup>7</sup>

Umfangreich sind auch die Quellen zur bayerischen „Pfalzhilfe“ in Mannheim und Heidelberg, eine Hilfsstelle für ausgewiesene Pfälzer und gleichzeitig eine überaus aktive Propagandaorganisation gegen die französische Besatzung.

Mit diesen Quellen lassen sich auch die Schicksale der Autonomisten nach 1924, ihre Auswanderung nach Frankreich und, um die Biografien abschließen zu können, auch ihre Verfolgung durch die Gestapo nach der Besetzung Frankreichs nachvollziehen. Dieses

5 Vgl. dazu die Beiträge von Max Oehlmann und Volker Gallé in diesem Band.

6 Vgl. dazu den Beitrag von Volker Gallé in diesem Band.

7 Vgl. dazu MARTIN, Babette Heinz.

Thema scheint bislang in der Forschung ebenfalls noch zu kurz gekommen zu sein. Eine andere verfolgte Gruppe waren die ehemaligen deutschen Fremdenlegionäre, deren Schicksale sich z. T. mit diesem Aktenbestand nachvollziehen lassen.<sup>8</sup>

Als zweites zentrale Thema ist das Verhältnis Besatzung – Bevölkerung anzusprechen. Die kollektive Erinnerung an die Besatzungszeit in der Pfalz war lange und ist teilweise noch heute von Übergriffen der Soldaten auf Zivilisten geprägt. Das Bild wurde zum einen durch die deutsche Propaganda schon während der Besatzung geschaffen und dann mit dem 1930 erschienenen Werk „Die französische Besatzung in der Pfalz“<sup>9</sup> verfestigt. In diesem Band sind chronologisch alle Ereignisse und ganz besonders die Übergriffe von 1919 bis 1930 aufgeführt. Man gewinnt dabei den Eindruck, die französischen Soldaten hätten in diesen Jahren eine *carte blanche* für willkürliches Handeln gehabt. Im Nationalarchiv findet sich jedoch analog zu jedem Zwischenfall ein eigenes Dossier, das die Reaktion der französischen Militärverwaltung dokumentiert. Hier sind die Sanktionen aufgeführt, mit denen die Soldaten bestraft wurden. Sogar eine Todesstrafe wegen Vergewaltigung und Mord ist aktenkundig. Der vorherrschende Eindruck, es habe sich um eine Willkürherrschaft gehandelt, lässt sich damit korrigieren. Darüber hinaus sind zahlreiche Vorfälle so konträr zur deutschen Überlieferung geschildert, dass es eine wichtige Aufgabe von Lokalhistorikern wäre, diese Fälle nochmals zu untersuchen.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Überlieferung bilden die Kolonialtruppen, für die es in der Serie AJ/9 eine eigene Unterabteilung gibt, deren Existenz und Bezeichnung – „troupes noires“ – natürlich auch ein Schlaglicht auf die innerfranzösische Haltung dazu erkennen lässt. Ihnen, und besonders den „tirailleurs sénégalais“, diesen in der Regel „baumlangen“ und schon deshalb furchteinflößenden Soldaten, wurden damals die meisten

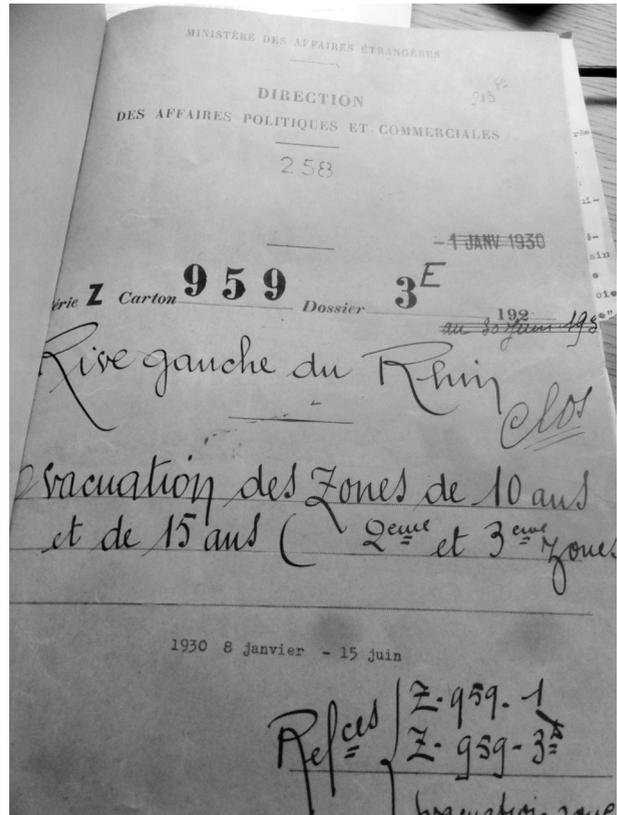


Abbildung 2: Akte zur Räumung der Zonen, die gemäß dem Versailler Vertrag 10 und 15 Jahre besetzt sein sollten

8 Vgl. GROTHUM/HAASE, „Dienst“. Zu den sog. Separatisten ebenda, S.305 und S.310, zu den Fremdenlegionären ebenda, S.297 und S.313. Vgl. ZIEGLER, Verfolgung.

9 JOLAS, Pfalz.

sexuellen Übergriffe zugeschrieben. Zu überprüfen wäre allerdings, ob diese Truppen überproportional an Übergriffen beteiligt waren, wobei auch ihr zahlenmäßiger Anteil an den gesamten Truppenzahlen zu messen wäre.

Mit dem Thema hat sich eine Arbeit beschäftigt, die 2007 erschien. Der Titel lautet: „Die schwarze Schmach am Rhein. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse“<sup>10</sup>. Man könnte meinen, dass der wissenschaftlich klingende Titel ein Standardwerk verspricht, doch weit gefehlt. Es handelt sich eher um psychologische Untersuchungen als um eine seriöse historische Studie. Kennzeichnend dafür ist die seltsame Quellennutzung. Die Autorin hat zwar in London geforscht, ließ aber seltsamerweise die eigentlich wichtigste Überlieferung, nämlich die im Nationalarchiv Paris, ungenutzt.

Die mit der Anwesenheit der Kolonialtruppen in der Pfalz verbundene Problematik endet aber nicht mit ihrem Abzug 1930, sondern findet ihren traurigen Höhepunkt in den Schicksalen der in der Besatzungszeit geborenen sogenannten „Rheinlandbastarde“, heute wertneutral als „Rheinlandkinder“ bezeichnet. Diese Männer und Frauen wurden unter der NS-Herrschaft grausam verfolgt und sehr oft zwangssterilisiert. Dass ihre Zahl in der bisherigen Forschung zwischen 2.500 und 24.000 schwankt, zeigt, dass noch viel Forschungsarbeit zu leisten wäre.<sup>11</sup> Für Speyer ist gerade vor kurzem die bewegende Biografie eines solchen farbigen Besatzungskindes erschienen.<sup>12</sup>

Zum dritten Thema: Die Entwicklung bzw. Entstehung der politischen Parteien SPD, DVP, KPD, NSDAP. Die *Sûreté* hat seit 1920 jede Parteiversammlung, auch in kleinen Gemeinden, beobachtet und protokolliert. Somit kann eine umfangreiche und detaillierte Dokumentation über das Thema „Parteien“ erstellt werden. Wie weit sie über die bislang erschienenen Arbeiten über die Frühzeit der NSDAP<sup>13</sup> hinausgehen, kann hier nicht beurteilt werden. Wichtig ist diese Überlieferung in jedem Fall, enthält sie doch zahlreiche Analyse, Flugblätter, Zeitungen und auch Fotografien der Protagonisten. Darunter befindet sich auch eine frühe Aufnahme von Hitler.

Die Registratoren mögen des Deutschen nicht ganz so mächtig gewesen sein. So betitelt einer von ihnen ein umfangreiches Dossier mit der schönen Überschrift „Renseignements sur le groupe Wolkisch“. Es ist fast ein Freud'scher Verschreiber, denn „wolkisch“ waren und sind die Programme der Rechten durchaus.

Das französische Militärarchiv – Service Historique de la Défense – in Vincennes verwahrt umfangreiches Aktenmaterial über alle Themen, die bereits angesprochen wurden. Viele deutsche Historikerinnen und Historiker, die sich mit Themen der deutsch-französischen Geschichte befassen, haben dort noch nicht gearbeitet. Technisch ist dies etwas schwierig, weil man sich sehr früh anmelden muss, um einen Leseplatz zu erhalten. Einen gewaltigen Zuwachs bekam dieses Archiv nach dem Zerfall der Sowjetunion. Hintergrund dieser Rückführung war, dass die deutsche Besatzungsverwaltung, meistens waren es Archivare, während der Besatzungszeit in großem Maße Akten aus dem Archiv in Vincennes beschlagnahmt und

10 WIGGER, „Schmach“.

11 Vgl. POMMERIN, „Sterilisierung“; TASCHER, NS-Zwangssterilisationen.

12 LAUTER, Kaiser.

13 FENSKE, NSDAP; NESTLER, Quellen.



wählte Daemrich eine für die Bergzaberner Gegend typische Böhämmer-Jagdscene. Noch im 19. Jahrhundert wurde die Böhämmer-Jagd in den Wäldern um Bergzabern betrieben. Man erlegte Bergfinken (die sog. Böhämmer) mit Lehmkügelchen, die man aus Blasrohren abschoss.<sup>39</sup> Vier humorvolle Verszeilen rahmen die nächtliche Szene ein. Die in Pfälzer Dialekt verfassten Verszeilen lauten: „Der Dollar schteigt, der Dollar fällt, / Wie do der Schütz im Pälzer Wald. / Doch passen uff: der Notgeldschei(n), / Der holt de Dollar nägschdens ei[n]!“ Wohl kein anderer pfälzischer Notgeldschein hat „in solchem Maße Zeitbezug, Lokalkolorit und Humor in bitterer Zeit vereint“.<sup>40</sup>

## 2.5 Fünftes Beispiel: Zeiskam

Zeiskam hatte im Jahr 1923 fast 2.000 Einwohner. Während das Gewerbe und das örtliche Handwerk eine untergeordnete Rolle spielten, war die Landwirtschaft, insbesondere der Gemüseanbau, der hauptsächliche Erwerbszweig.<sup>41</sup> Am 23. September 1923 begann auch Zeiskam, Notgeld zu drucken. Der Ort hatte eine Gemeindesparkasse und eine lokale Einnahmehere, was für die Ausgabe von eigenem Notgeld nicht unwichtig war. Da für das Jahr 1923 das Protokollbuch der Gemeinderats-Sitzungen nicht mehr nachweisbar ist, können keine Aussagen zur Herstellung und Auflagenhöhe des Notgelds getroffen werden. Es dürfte von je 5.000 Stück zu 20 bzw. 50 Millionen Mark auszugehen sein, wenn man die Ausgabenhöhe vergleichbar großen Gemeinden wie Rheinzabern oder Schwegenheim zu Rate zieht.<sup>42</sup>

Am 9. Oktober 1923 erfolgte die Ausgabe. Zwei Wochen später erläuterte der „Landauer Anzeiger“ die Gestaltung der Gutscheine: „Die Vorderseite der Scheine zeigt das Johanniterkreuz der Comthurey Heimbach, deren Gemarkung größtenteils an Zeiskam übergang. Die Zahl 775 sagt, daß in diesem Jahre der Ort schon genannt wurde. Der Reichsapfel ist das Dorfzeichen. Die Jahreszahl 1428 gibt an, daß Zeiskam damals den Fuchsbach oder das Gnadenwasser als Ableitung der Queich zum besseren Anbau der Gemüsepflanzen als Geschenk erhielt.“<sup>43</sup> Die originell gestaltete Rückseite der Scheine greift den lokal dominierenden Gemüseanbau der Zeiskamer Bürger auf, die in der Region unter dem Beinamen „Zwewwelschlotte“, also Zwiebelchlotten, bekannt sind: Ein großer Wirsingkopf wird von einer Karotte und von einer Zwiebel flankiert, ergänzt durch den humorvoll-ironisch erläuternden Vierzeiler: „Weil Karotten, Kraut und Zwiebel / Nicht helfen gegen Zahlungsübel, / Und die Kassen alle leer, / Muss zum Gemüs' der Gutscheine her.“<sup>44</sup>

Während der kleinere Nennwert in Höhe von 20 Millionen Mark mit blauer Druckfarbe hergestellt wurde, wurde für den höheren, den 50-Millionen-Gutschein, Olivgrün verwendet. Die auf den 23. September 1923 datierten Scheine wurden allesamt vom Ersten Bürgermeister Friedrich Mees per Hand unterschrieben.<sup>45</sup> Der 50-Millionen-Mark-Schein

39 Eine Schilderung der Böhämmer-Jagd findet sich bei BECKER, Pfalz, S. 265f.

40 ARNOLD, Millionär, S. 13f.

41 Ebenda, S. 68f.

42 Ebenda, S. 69f.

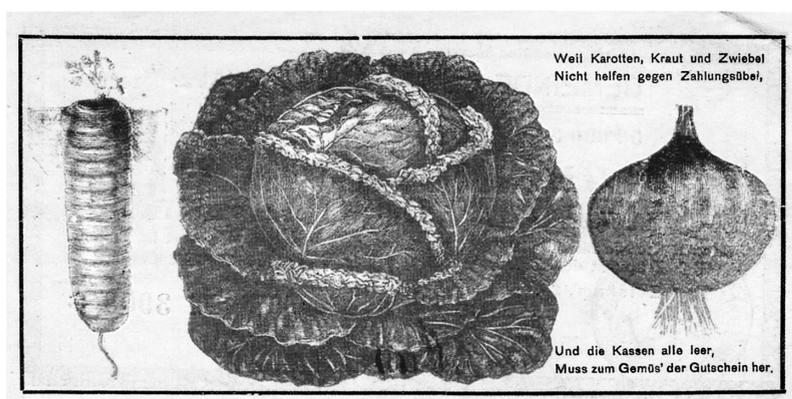
43 Zitiert nach ARNOLD, Millionär, S. 69.

44 Ebenda.

45 ARNOLD, Millionär, S. 70.



Abbildungen 5a und b: Notgeldschein „Fünzig Millionen Mark“, Zeiskam, 23.9.1923, Vorder- und Rückseite



hatte zu diesem Zeitpunkt einen Gegenwert von etwa 1/7 US-Dollar bzw. von 1/3 Dollar. Einen Monat später, als ein Dollar bereits 56 Milliarden Papiermark kostete, kam er kaum noch auf ein Zehntel US-Cent und war somit wertlos.<sup>46</sup>

### 3. Der „Regiefranken“

Bei der Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923 beschlagnahmten die Vertreter Frankreichs und Belgiens auch die deutschen Eisenbahnen.<sup>47</sup> Den Anweisungen der Besatzungsbehörden widersetzten sich – bis auf wenige Ausnahmen – die deutschen Eisenbahner, unter ihnen auch der Präsident der Reichsbahndirektion Ludwigshafen. Daraufhin wurden viele deutsche Beamten und fast alle Eisenbahner ausgewiesen, einige zuvor auch verhaftet. Am 19. März 1923 übernahm die belgisch-französische Eisenbahn-Regie den Betrieb. Sie brachte eigenes Personal in das linksrheinische Deutschland, das sich nur mit Mühe an die Gegebenheiten

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 113.

des linksrheinischen Bahnbetriebs gewöhnte.<sup>48</sup> Gleichzeitig ging der Eisenbahnverkehr aufgrund der Verarmung der Bevölkerung stark zurück.

Am 19. Oktober 1923 trat die Verordnung Nr. 219 der Interalliierten Rheinland-Kommission (IARK) in Kraft.<sup>49</sup> Auf ihrer Grundlage gab die belgisch-französische Regiebahn eigenes Geld heraus.<sup>50</sup> Die Geldscheine lauteten auf französische Franken, daher bürgerte sich die Bezeichnung „Regiefranken“ ein. Offiziell wurden sie allerdings als „Beförderungsgutscheine“ bezeichnet. Im Gegensatz zur „schwindsüchtigen“ Papiermark waren sie relativ wertbeständig.

Die Benutzung der Bahn wurde zum Politikum. „Die meisten Pfälzer nutzten die Bahn in diesen Wochen jedoch nur im äußersten Notfall. Zu aufgehetzt und antifranzösisch war die Stimmung in der Bevölkerung.“<sup>51</sup> Der patriotische Pfälzer ging aus Protest gegen die Ausweisungen zu Fuß, notfalls auch über weite Strecken, oder nahm die Oberlandbahn. „Der Güterverkehr bediente sich traditioneller Mittel: von Pferden gezogene Fuhrwerke bevölkerten die Straßen. Das galt zwar als ‚politisch korrekt‘, machte den Warentransport aber nicht gerade einfacher. Erst 1924 normalisierten sich die Verkehrsverhältnisse in der Pfalz.“<sup>52</sup>

Seitens der Regiebahn kamen Gutscheine zu 5, 10, 25, 50 Centimes sowie zu 1, 5, 10, 20, 50 und 100 Francs in den Umlauf. Paris war der Sitz der Regiebahn, und dort erfolgte auch der Druck der Scheine. Alle Gutscheine waren gleichartig gestaltet; sie unterschieden sich nur in Farbe und Format. Zwei Monate nach dem von Gustav Stresemann, dem neu gewählten Reichskanzler, verkündeten Abbruch des passiven Widerstands berichtete der „Landauer Anzeiger“ am 22. November 1923, dass die neuen Franken der Eisenbahnregie des besetzten Gebietes nun auch in der Pfalz im Umlauf seien. „Das Papiergeld ist gültig für sämtliche an die Eisenbahn zu zahlenden Beträge. Auf der Vorderseite tragen die Scheine u. a. das Bild einer rauchenden Lokomotive, ferner ist eine Rheinlandschaft mit Burganlage und Rebenhügeln zu sehen, auf der Rückseite dehnt sich der Rhein mit Dampfern und Städtebild, im Vordergrund ruht der schlafende Vater Rhein mit Füllhorn und sonstigen Attributen.“<sup>53</sup> Insbesondere die Darstellung des „Vaters Rhein“ vor der Silhouette von Mainz mit Füllhorn hat damals sicherlich für Aufsehen gesorgt. „Den Zeitgenossen dürfte die Symbolik des Überflusses in jenen Notzeiten unangemessen vorgekommen sein.“<sup>54</sup> Die Abkürzung RCFTO, die viermal auf der Vorderseite zu finden ist, bedeutet: „Régie des Chemins de Fer dans les Territoires Occupés“ (Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten). Der Text der Geldscheine war stets in französischer Sprache. Ausnahmen bildeten lediglich ein Gültigkeitsvermerk und ein Strafsatz mit fehlerhafter Grammatik: „mit der [sic!] von der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission verhängten Strafen belegt“. Die

48 Ebenda.

49 Verordnung Nr. 219: Sonderverordnung betreffend Genehmigung der Ausgabe von Beförderungsgutscheinen seitens der Regie der Eisenbahnen der besetzten Gebiete.

50 ARNOLD, Millionär, S. 113; EHREND, Münzgeschichte III, S. 71–77.

51 ARNOLD, Millionär, S. 114.

52 ARNOLD/BRUCKERT: Landau, S. 190.

53 Zitiert nach ebenda, S. 190; EHREND, Münzgeschichte III, S. 73–77.

54 ARNOLD, Millionär, S. 114.

Otmar Seul

## Die Birkenfelder Republik 1919. Französische Dokumente zur Autonomiebewegung in der oldenburgischen Provinz Birkenfeld unter französischer Militärverwaltung<sup>1</sup>

Am 15. Juli 1919 um 15:40 Uhr lässt das Hauptquartier der X. Französischen Armee in Mainz folgendes Chiffretelegramm an den Vorsitzenden des Obersten Alliierten Kriegsrates, Marschall Ferdinand Foch, abgehen, das zur Weitergabe an den Oberbefehlshaber der französischen Armee, Marschall Philippe Pétain, sowie an Staatspräsident Raymond Poincaré bestimmt ist: „Am 14. Juli, um 13 Uhr, ist in Birkenfeld eine Provisorische Regierung gebildet worden, die die Republik ausgerufen und die Loslösung von Oldenburg verkündet hat. Die Bevölkerung bleibt ruhig und schließt sich der Bewegung an. Die Beamten bleiben und versehen weiterhin ihren Dienst. Die Urheber des Staatsstreichs werden sich am Donnerstag der Provinzversammlung vorstellen und sie ersuchen, eine Regierung zu ernennen“.<sup>2</sup>

Ein Vorfall, dessen politische Brisanz auf der Hand liegt: Er spielt sich in einem von französischen Truppen besetzten linksrheinischen Territorium ab. Es ist nicht vorstellbar, dass er sich ohne Wissen, ja Duldung der Besatzer ereignet hat. 1919 ist das Birkenfelder Land eine Provinz des früheren Großherzogtums Oldenburg,<sup>3</sup> das sich nach Abschaffung der Monarchie im Deutschen Reich und dem Übergang zur Weimarer Republik – eine Konsequenz des verlorenen Weltkrieges (1914–1918) – zum Freistaat Oldenburg erklärt hat. Seine Exklave Birkenfeld unterliegt wie die sie umgebende preußische Rheinprovinz der Kontrolle der Alliierten – in Erwartung der territorialen Neuregelungen der seit dem 18. Januar tagenden Pariser Friedenskonferenz. Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete und am 10. Januar 1920 in Kraft tretende Versailler Friedensvertrag bestätigt die Besetzung der linksrheinischen Territorien durch Frankreich, legt aber auch bereits Fristen für den Truppenabzug fest. Demnach soll Birkenfeld 1930 geräumt werden.

In der deutschsprachigen Literatur wird dem französischen Militärverwalter, Major Tibère Bastiani, eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung der „Revolution“ und der Durchsetzung der kurzlebigen Birkenfelder Republik (14. Juli – 7. November 1919) nachgesagt. Nicht zu

- 
- 1 Der Beitrag beruht auf Auszügen aus meiner Untersuchung über die „Birkenfelder Republik 1919“, die bislang unbekannte Quellen aus französischen Archiven auswertet. Der Aufsatz wurde 2021 unter regionalgeschichte.net veröffentlicht, urn:nbn:de:0291-rzd-022202-20210630-7. Soweit nicht anders angegeben, sind die Übersetzungen aus dem Französischen ins Deutsche vom Autor selbst vorgenommen worden.
  - 2 Télégramme chiffré Nr. 93 K, E.M. Bacon, Kreuznach, au Président du Conseil des Ministres, Paris, 29.6.1919, Centre des Archives diplomatiques de La Courneuve (CAD), 78PCOM Nr. 348, Birkenfeld.
  - 3 1920 wird die Provinz in „Landesteil Birkenfeld“ umbenannt, erstmals im Titel des Amtsblatts vom 11. Mai 1920.



Abbildung 1: Proklamation der „Republik Birkenfeld“ am 14. Juli 1919 auf der Freitreppe des oldenburgischen Regierungsgebäudes

bestreiten ist Bastianis wohlwollende Haltung gegenüber dem Anliegen der neun Männer um den „Mandatar“ und Auktionator Otto Balthes und den Eigentümer der Feldspatgruben Rudolf Schmeier, die am 14. Juli 1919 im Birkenfelder Regierungsgebäude die Loslösung von Oldenburg und die politische Selbständigkeit der Provinz als „Republik Birkenfeld“ proklamieren.<sup>4</sup> Dieses Anliegen rechtfertigt der Militärverwalter in seinen halbmonatlichen Lageberichten an das Oberkommando der X. französischen Armee in Mainz mit dem Recht auf Demokratie (Volkswillen) und auf Selbstbestimmung der Völker, unter Verweis auf die Empörung der Bevölkerung über die zwischen Oldenburg und Preußen geführten Geheimverhandlungen über die Zukunft Birkenfelds. Diese zielen auf einen Gebietsaustausch ab: Preußen soll seinen norddeutschen Regierungsbezirk Aurich an das benachbarte Oldenburg abgeben und dafür dessen entlegene, in die preußische Rheinprovinz zu integrierende Exklave Birkenfeld erhalten.

4 Grundlegend zunächst die Schilderung von Otto BALTHES selbst: DERS., *Revolution*. Sie wird weitgehend übernommen von KLEIN, *Revolution*. Zur Gegendarstellung, siehe die Aussagen des damaligen kommissarischen Regierungspräsidenten, Konrad Hartong, DERS., „*Revolution*“. Zur weiteren Literatur, siehe vor allem KÖSLING, *Birkenfeld*; BRANDT, *Revolution*; SCHLEMMER, *Berlin*, S. 615–620.

Baltes, Schmeyer und ihre Mitstreiter erklären dem (kommissarischen) Regierungspräsidenten, Oberamtsrichter Konrad Hartong, dass die oldenburgische Regierung „uns verschachern“ will, und „wir deshalb unsere Zukunft in eigene Hände nehmen“ – nicht zuletzt um das Staatsgut zu retten. Sie proklamieren sich als vorläufige Regierung und zögern nicht, der deutschen Nationalversammlung und dem Direktorium in Oldenburg per Telegramm mitzuteilen, dass sich „die Provinz Birkenfeld (...) mit dem heutigen Tage 11h30 vormittags vom Freistaat Oldenburg mit überwiegender Volksmehrheit losgelöst“ hat und sich „von jetzt ab als „Republik Birkenfeld“ unter eigener Verwaltung im Verbands des Deutschen Reiches betrachtet“.<sup>5</sup> Über die Zahl der durchweg ländlichen Gemeinden, die hinter der Trennung von Oldenburg stehen, werden sehr unterschiedliche Angaben gemacht. Otto Baltes legt Beweise für 46 der insgesamt 87 Gemeinden der Provinz vor. Hartongs Prüfung hingegen ergibt, dass aus 54 Gemeinden – vor allem aus den Industriestädten Oberstein und Idar – keinerlei Unterschriften vorliegen.<sup>6</sup> Militärverwalter Bastiani erkennt die Träger des „Staatstreiches“ als „provisorische Regierung“ an. Aber auf „seinen Wunsch hin“ (Hartong), führt die bisherige Regierung die „laufenden Geschäfte“ weiter. Die neue Regierung unter Rudolf Schmeyer soll bis „zu dem Tage bestehen, wo der Landesausschuss [die gewählte Volksvertretung, O. S.] einstimmig anerkennt, dass die Provinz von Oldenburg getrennt worden ist“ (Bastiani).<sup>7</sup>

## 1. Testfall für französische Rheinland-/Rheinpolitik

Die Birkenfelder Geschehnisse müssen selbstverständlich im politischen Zusammenhang des ersten Nachkriegsjahres gesehen werden. Die Aufmerksamkeit, mit der sie in Paris verfolgt werden, scheint eine These zu bestätigen, die sich schon in der älteren Literatur andeutet: Frankreichs Interesse an der Autonomiebewegung zielt darauf ab, in Birkenfeld freie Bahn zu bekommen für die Errichtung eines das gesamte (vorwiegend preußische) linksrheinische Gebiet einschließenden Pufferstaates, nämlich einer Frankreich zugeneigten rheinischen Republik. Birkenfeld soll sozusagen zu einem „Vorposten französischer Rheinpolitik“<sup>8</sup> gemacht werden. In den vielen Szenarien, die während der Pariser Friedensverhandlungen für die Rheinlandpolitik der maßgeblichen Siegermacht entwickelt wurden, lassen sich vor allem Belege für annexionistische Lösungen finden. Daher fällt es schwer, die französischen

5 Birkenfelder Landeszeitung Nr. 97 vom 16. Juli 1919; BALTES, *Revolution*, S. 132.

6 HARTONG, „*Revolution*“, S. 91.

7 Ebenda, S. 97.

8 KÖSLING, *Birkenfeld*, S. 215. Vgl. HARTONG, „*Revolution*“, S. 111, der einen Ausspruch Bastianis vom 1. September belegt: „Birkenfeld sei vielleicht das Steinchen, das ins Rollen gebracht, zur Lawine und bedeutungsvoll für die ganze Rheinlandfrage werden könne“. Dazu passt eine Passage im Lebenslauf von Bastianis Adjutant und Dolmetscher in Birkenfeld, dem späteren Bataillonskommandeur im Indochina-Krieg, William Bechtel: „Bechtel nimmt aktiven Anteil an den Verhandlungen über die Unabhängigkeitserklärung dieser Provinz, die später die separatistische Bewegung im Rheinland auslöst“, zitiert nach Musée du Plan Sussex: William Bechtel, Chef de Bataillon, <http://www.plan-sussex-1944.net/francais/biographies/bechtel.htm>, Abruf 7.5.2021.

Abbildung 2: Aufruf der Provisorischen Regierung der „Republik Birkenfeld“ an die Bevölkerung

**An die Bevölkerung der  
Provinz Birkenfeld.**

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen uns Birkenfelder über unser künftiges Geschick selbst zu bestimmen. Der Ruf der ganzen Bevölkerung

**Los von Oldenburg**

hat keinen Eingang zu unseren Parlamenten gefunden.

Wie durch unsere Landtagsabgeordneten einwandfrei festgestellt worden ist, **maßt sich die Oldenburgische Staatsregierung allein das Recht an, über uns verfügen zu können.**

Wie die Abstimmung im Landtage ausfallen wird, wissen wir alle, da Birkenfeld in der Minderheit bleibt.

**Birkenfelder!**

**Wir wollen uns nicht verschachern lassen!**

**Darum: „Los von Oldenburg“!**

**Wir wollen nicht dulden, daß mit unserem Volk, daß mit unserer Provinz ein „Handelsgeschäft“ gemacht wird.**

Wir pochen auf unser Selbstbestimmungsrecht und lassen uns nicht durch die dem Lande wesenfremden Oberungen in irgend ein Staatsgebilde abdrücken.

Wir haben seither eigene Finanzverwaltung gehabt und werden bis zum Reizwerden der Frage

— **Wie sollen wir unser Schicksal gestalten?** —

uns selbst verwalten.

Welche Unterstützung haben wir denn vom Mutterland seit dem 11. November 1918 erhalten?

**Keine!**

Das Interesse der Oldenburger für uns war stets gleich

**„Null!“**

Es handelt sich heute um unsere Zukunft und **wir wollen und dürfen nicht dulden**, daß Oldenburg uns zu seinem Vorteil ausbeuten will.

**Mit dem heutigen Tage erklären wir uns als selbständige Republik unter eigener Verwaltung im Verbande des Deutschen Reiches.**

Die Oldenburgische Staatsregierung und die Deutsche Nationalversammlung sind durch Telegramme von der Loslösung benachrichtigt. Jeder Beamte wird aufgefordert, im Interesse des Landes auf seinen Posten zu verbleiben, damit in der Verwaltung keine Störungen eintreten. Derjenige Beamte, welcher sich diesen Anordnungen widersetzt, wird seines Amtes enthoben. An den bestehenden Gehalts- und Pensionsgehältern soll nicht gerüttelt werden.

**Bürger und Bürgerinnen**

besitzt die Ruhe und Ordnung! Geht nach wie vor Euren Geschäften und Dienstobliegenheiten nach.

Der oberste Grundsatz der neu zu bildenden Regierung muß und wird der sein, stets das Wohl des Birkenfelder Landes im Auge zu behalten.

Der am 15. Juni 1919 als Ausdruck des Volkswillens gemäßige Landesauschuß wird gegebenen Falls anerkannt und die Geschäfte eines Landtages der Republik Birkenfeld übernehmen.

Durch die Kostrennung von Oldenburg haben wir uns den Weg zur Volksabstimmung zwecks Anschlusses an jedes Staatsgebilde freigemacht.

Wir betonen ausdrücklich:

**Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben.**

**Es lebe die Republik Birkenfeld!**

Birkenfeld, den 14. Juli 1919.

**Die vorläufige Regierung:**

O. Saltes, K. E. Bauer, Jakob Fickert, Ludwig Fink, Hermann Goering, Karl Mayer, Aug. Müller, Nikolaus Plog, Rich. Roth, Rud. Schmeyer.

Vorstellungen auf einen Nenner zu bringen: Die militärische und politische Führung sind in der Frage nach Art und Umfang der Besetzung heillos zerstritten. Ja, selbst Staatspräsident Poincaré und Regierungschef Clemenceau, der Präsident der Pariser Friedenskonferenz, beantworten sie unterschiedlich.

Über welchen politischen Spielraum verfügt also letztendlich der Militärverwalter der Provinz Birkenfeld, nachdem wenige Wochen vor der Proklamation der „Republik Birkenfeld“ sein Vorgesetzter in Mainz, der Oberbefehlshaber der X. Armee, General Mangin, plötzlich in die politische Schusslinie geraten ist. Die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ am

1. Juni 1919 in Wiesbaden durch Hans-Adam Dorten, einen Juristen aus dem Rheinland, der nach dem Kriege in die Regionalpolitik gewechselt war,<sup>9</sup> wurde von General Mangin gefördert, aber dann doch nicht mit letzter Konsequenz unterstützt. Dilettantisch vorbereitet und durchgeführt, scheiterte der Versuch einer Staatsbildung – unter Einschluss der von Oldenburg loszulösenden Provinz Birkenfeld – nach nur drei Tagen am Widerstand von Stadtverwaltung und Bevölkerung sowie an Streikbewegungen in den rheinischen Städten.

Georges Clemenceau, der Vorsitzende des französischen Ministerrates, muss auf Druck der englischen und amerikanischen Alliierten sein Militär zurechtweisen und zur Wahrung strikter Neutralität in innerdeutschen Konflikten auffordern. Es gilt die Bestimmungen des am 28. Juni zur Unterzeichnung anstehenden Versailler Vertrages zu respektieren. Denn Anfang Juni ist bereits bekannt, dass die Alliierten die von Marschall Foch und anderen militärischen Führungspersonen eingebrachten Annexionspläne des linken Rheinufer durch Frankreich definitiv verwerfen. Frankreichs (d. h. vor allem Clemenceaus) Konzessionen in der Besatzungspolitik liegen letztlich im übergeordneten nationalen Interesse. Der französische Regierungschef bedingt sich als Gegenleistung für die Unterzeichnung des Vertrages aus, dass sich – für den Fall eines erneuten Angriffs Deutschlands auf Frankreich – England und die Vereinigten Staaten schon jetzt als Garantiemächte verbürgen.

Somit berechtigen die anschließenden Geschehnisse vom 14. Juli in Birkenfeld zu der Frage, ob seitens des französischen Militärs – eventuell gar mit partieller politischer Rücken- deckung aus Paris – doch noch Versuche unternommen werden, in den besetzten Gebieten zu operieren. Um nachträglich eine Angliederung selbst kleinerer territorialer Einheiten an Frankreich durchzusetzen?

Es ist tatsächlich vorstellbar, dass Bastianis Vorgesetzter in Mainz, sich nicht an die Vorgaben aus Paris gebunden fühlt und seinem Birkenfelder Militärverwalter grünes Licht für eine Operation mit letztlich annexionistischer Zielsetzung gibt. Für diese Annahme könnte die Tatsache sprechen, dass es dem wegen Landesverrat gesuchten und nach seiner Flucht auf linksrheinisches Gebiet unter französischer Protektion stehenden Hans-Adam Dorten erlaubt wird, am 21. Juni im Birkenfelder Hotel zur Post zu sprechen. Der rechtsrheinisch gegen ihn erlassene Haftbefehl kann im besetzten Gebiet nicht vollstreckt werden. Dorten darf also, nur 17 Tage nach seinem Wiesbadener Scheitern, im oldenburgischen Birkenfeld weiter für eine rheinische Republik werben – 23 Tage vor der Proklamation der Birkenfelder Republik. Der geringe Zuspruch, den Dorten aus der Bevölkerung erfährt, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass er wegen seiner „auf ungesetzliche Weise entstandenen“ (katholischer Dechant Kohlmann), da auf keiner Volksabstimmung beruhenden Wiesbadener Republik, zur *persona non grata* geworden ist – selbst in Kreisen, die der von Dorten umworbenen Zentrumsparterie nahestehen.<sup>10</sup> Es ist aber auch Fakt, dass Dorten 1919 mit seiner Staatsvision liberal-konservativen Zuschnitts (er verweigert jede Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten) keinen Anschluss an Frankreich, sondern wie die rheinischen Zentrumspolitiker um den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer mit einem Verbleib im Deutschen Reich verbindet.

9 Vgl. BISCHOF, Separatismus.

10 Siehe den Artikel „Die Sonderbündler“ in der Coblenzer Zeitung Nr. 315 vom 26. Juni 1919, zitiert nach SCHLEMMER, Berlin, S. 617f.

Auch französische Quellen nähren die Vermutung, dass Mangin durchaus eigenmächtig gehandelt und Birkenfeld als einen Testfall betrachtet haben könnte. Seine Kritiker in Generalstab und Politik bemängeln unisono, dass seine heroischen militärischen Qualitäten mit eklatanten persönlichen Schwächen wie Ungestüm und Unbotmäßigkeit gegenüber Vorgesetzten einhergehen.<sup>11</sup> Wenn sich der General auch nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in der Rheinlandfrage keine Zurückhaltung auferlegt und Autonomiebewegungen weiterhin wohlwollend gegenübersteht, so nicht zuletzt aufgrund eines historisch verklärten patriotischen Sendungsbewusstseins, das er der Einhaltung kurzfristig angelegter politischer Vorgaben aus Paris überordnet. Er sieht sich als Sachwalter eines Franzosen und Rheinländern „gemeinsamen kulturellen Erbes“, das vom Geist der Französischen Revolution geprägt ist.<sup>12</sup>

Wenn angenommen werden darf, dass Major Bastiani keine Politik auf eigene Faust betreibt und seine Aktivitäten an den annexionistischen Zielsetzungen seines Vorgesetzten ausrichtet, so muss doch gefragt werden, ob diese Zielsetzungen von den Birkenfelder Autonomie-Befürwortern geteilt werden.

## 2. Die Autonomie-Bewegung: Los von Oldenburg!

Mit der Ausrufung der Birkenfelder Republik verbindet der französische Militärverwalter die Erwartung, dass sich die abtrünnige oldenburgische Exklave an das Saargebiet anbindet – unter ausdrücklicher Berufung auf den Volkswillen. Am 3. August heißt es in seinem Lagebericht an General Mangin: „Die große Mehrheit befürwortet ein Zusammengehen mit dem Saargebiet [...]. Nach und nach findet das Projekt in Arbeiterkreisen Zuspruch, genauso wie bei den Bauern im mittleren und südlichen Teil der Provinz“.<sup>13</sup> In seinem vorangegangenen Rapport vom 4. Juni hob Bastiani noch hervor, dass sich nur der Nohfeldener Raum, also „der südliche Teil der Provinz, dem Saargebiet anschließen“ würde.<sup>14</sup> Nur einen Tag vorher, am 3. Juni, meint er gar noch, dass es sich bei dem neuen Staatsgebilde lediglich um eine „zunächst von Deutschland abhängige Republik“ handeln würde.<sup>15</sup> Wie also lässt sich die

11 Clemenceaus Kritik überliefert 1929 sein Sekretär MARTET, Clemenceau.

12 Vgl. Général Charles Mangin. In: France Histoire Esperance, <https://www.france-histoire-esperance.com/general-charles-mangin/>, Abruf 7.5.2021, mit Hinweisen auf die Tagebücher von Marschall Pétains Generalstabsoffizier Edmond Buat, einem scharfen Kritiker Mangins. Vgl. HARTONG, „Revolution“, S. 117: Er belegt eine Äußerung des amerikanischen Oberkommandierenden Allen, wonach Mangin von dem Gedanken einer unabhängigen rheinischen Republik „geradezu besessen“ war.

13 Rapport de quinzaine (1ère partie) du Chef de Bataillon Bastiani, Administrateur militaire de la Province de Birkenfeld, au Général commandant la Xe Armée / Bureau des Affaires civiles, Mayence, 3.8.1919, Service Historique de la Défense (SHD), 19 N 1576, Province de Birkenfeld, courrier Nr. 1474.

14 Ebenda, courrier Nr. 1046.

15 Rapport de quinzaine (2ème partie) du Chef de Bataillon Bastiani, Administrateur militaire de la Province de Birkenfeld, au Général commandant la Xe Armée / Bureau des Affaires civiles, Mayence, 3.6./4.6.1919, SHD, 19 N 1576, Province de Birkenfeld, Schreiben Nr. 1040–1047.

Julia Wambach

## Lehren aus der Vergangenheit – Das Erbe der rheinisch-pfälzischen Autonomie- bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>1</sup>

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Südwestdeutschland, wie auch nach dem Ersten Weltkrieg, besetzt – wiederum von den Franzosen. War der sogenannte „Separatismus“ nach dem Ersten Weltkrieg eines der brisantesten und meistdiskutierten Ereignisse der Besatzungszeit,<sup>2</sup> ist über entsprechende Bestrebungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht viel bekannt.<sup>3</sup> Dass es diese Bestrebungen jedoch gab und inwiefern die Autonomisten selbst, ihre Gegner und die französischen Besatzer mit der neuen Besatzungssituation umgingen und Lehren aus den Erlebnissen der Zwischenkriegszeit zogen, zeige ich im Folgenden.

### 1. Erinnerung an die autonomistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit

An den „Separatismus“ nach dem Ersten Weltkrieg erinnerte im Jahr 1945 zunächst Adam Dorten, einer der bekanntesten Leitfiguren der „Rheinischen Republik“, indem er im Jahr des Kriegsendes auf Französisch seine Erinnerungen an die Separatistenzeit als „La Tragédie Rhénane“ (Die rheinische Tragödie, deutsch erst 1979) veröffentlichte.<sup>4</sup>

Dorten war 1923 nach Nizza emigriert und seit 1928 französischer Staatsbürger. Während Dorten nicht mehr ins Rheinland zurückkehrte, taten dies aber andere „Separatisten“ – zum Teil in französischer Uniform, wie zum Beispiel ein französischer Soldat namens Henri Hoche-Bretz. Dieser war als Heinrich Bretz 1900 in Worms geboren und war als Übersetzer beim Geheimdienst der französischen Armee während der Rheinlandbesatzung tätig gewesen. Dort leitete er die Abteilung zum „Separatismus“. Er selbst befürwortete die Ideen eines unabhängigen rheinischen Staats, so dass er 1924 nach dem Scheitern der autonomistischen Bewegung nach Frankreich emigrierte und dort 1940 in den französischen Widerstand eintrat. 1945 kehrte er als Teil der Ersten Französischen Armee wieder zurück

1 Dieser Artikel ist die Verschriftlichung meines Redemanuskripts bei der Tagung Besatzungszeit 1918 bis 1930 und Separatismus im heutigen Rheinland-Pfalz in Speyer. Es basiert auf meiner Dissertation „Learning from Defeat. The French Occupation of Germany after two World Wars“, University of California, Berkeley 2017.

2 Für einen Überblick siehe GRÄBER, Separatismus.

3 Siehe die unveröffentlichte Arbeit von LESZINSKI, Separatismus, sowie WÜNSCHEL, Separatismus, WÜNSCHEL, Neoseparatismus und WÜNSCHEL, Pfalz. Ich danke Timo Leszinski für die Einsicht in seine Magisterarbeit. Da die Begriffe „Separatismus“/„Separatist“ häufig abwertend verwendet wurden und werden, benutzte ich hier die Begriffe in Anführungszeichen oder die neutralere Bezeichnung „Autonomiebestrebungen“/„Autonomisten“.

4 DORTEN, Tragédie.

nach Deutschland und wurde stellvertretender Leiter der französischen Militärverwaltung in Simmern/Hunsrück. Seine Vorgesetzten schätzten seine Deutschkenntnisse und seinen französischen Patriotismus, den er „als einer der Förderer des rheinischen Separatismus“ und durch seine Mitgliedschaft im französischen Widerstand an den Tag gelegt hatte.<sup>5</sup> Aufgrund seiner Kenntnisse der Region und seiner Kontakte zu den früheren „Separatisten“, die er 1945 immer noch hatte, befand sein Vorgesetzter, dass er „der französischen Politik [...] im Rheinland nützlich sein würde.“<sup>6</sup>

Die autonomistischen Bestrebungen der Zwischenkriegszeit waren also nicht vergessen, im Gegenteil. Das Thema wurde sogar bei den Vorbereitungsseminaren für die französischen Besatzer bereits im Sommer 1944 besprochen. Außerdem berichteten ab August 1945 die wöchentlichen Informationszeitschriften für die französische Besatzungsarmee über den, wie sie es nannten, „Separatismus“ der Zwischenkriegszeit.<sup>7</sup>



Abbildung 1: Hans Adam Dorten, Fotograf unbekannt, 1928

## 2. Neuformierung des „Separatismus“

Auf der deutschen Seite bildeten sich neue Autonomiebewegungen. Da der Begriff „Separatist“ nach der Niederschlagung der Autonomiebestrebungen und im Nationalsozialismus als Schimpfwort benutzt wurde, bevorzugten diese „Neo-Separatisten“ (wie sie auch nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum pejorativ genannt wurden) den Begriff „Autonomist“

- 5 Centre des Archives diplomatiques de La Courneuve (CAD), 1 PL 2172. *Appréciation du Chef de Bataillon Raphene, Commandant de la Prévôté Régionale sur le Capitaine Hoche, Commandant de la Prévôté de l'Ain, 1.3.1945 und CAD, 1 PL 2172. Fédération Nationale des Anciens de la Résistance, Grenoble, 1.3.1945.*
- 6 CAD, 1 PL 2172. *Commandant en Chef Français en Allemagne, Délégation Supérieure de Rhénanie, Délégation de Cercle de Simmern. Fiche de Reclassement concernant Hoche-Bretz, Henri, kein Datum, S. 2. Hoche-Bretz ist nur einer von vielen ehemaligen „Separatisten“, die nach dem Exil in Frankreich eine neue Aufgabe in der französischen Armee oder in der Ziviladministration der französischen Besatzungszone fanden.*
- 7 *Siehe zum Beispiel Service Historique de la Défense (SHD), 10 P 314. 2e Corps d'Armée, 2e Bureau. Rapports hebdomadaires sur l'Allemagne 21 Juillet–27 Aout 1945. Annexe No. 1 du Bulletin Hebdomadaire Nr. 13, La Zone d'Occupation du 2e Corps d'Armée, Etude générale, Historique Sommaire, 19.8.1945, S. 3f. Alle Übersetzungen durch die Autorin.*

oder „Partikularist“.<sup>8</sup> Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der erneuten Präsenz der Franzosen am Rhein begannen Frankophile und ehemalige „Separatisten“ wieder, Vereine zu bilden. Zum Beispiel die *Union des Amis de la Littérature Française* in Pirmasens mit 100 Mitgliedern, die *Union des Amis de la France* mit 400 Mitgliedern vor allem in der Region Landau/Kaiserslautern und die Pfälzische Volksbewegung, die 3.000 Mitglieder hatte. Manche Personen beteiligten sich an mehreren dieser Vereine.<sup>9</sup> Deren Mitglieder erwarteten von der französischen Besatzung eine Unterstützung, nun da die rheinische und/oder pfälzische Autonomie oder sogar eine Annektierung an Frankreich aussichtsreicher war als in der Zwischenkriegszeit. Der Bürgermeister von Winden, südlich von Landau, der von 1923 bis 1933 und dann nochmals ab 1945 im Amt war, hatte bereits in der Zwischenkriegszeit angestrebt, dass sein Ort zu Frankreich gehört. Überzeugt davon, dass 70% seiner Bürger einer Annektierung durch Frankreich zustimmen würden, sagte er im Oktober 1946 dem örtlichen französischen Geheimdienstmitarbeiter: „Das möchte ich noch erleben.“<sup>10</sup>

Und auch einige hochrangige „Separatisten“ aus der Zwischenkriegszeit wandten sich wieder an die französische Besatzung in der Hoffnung auf Unterstützung. Zum Beispiel kontaktierte Adolf Bley<sup>11</sup> diejenigen französischen Offiziere, die er schon aus der Zwischenkriegszeit kannte.<sup>12</sup> Zum Teil waren es die Söhne von Autonomisten aus den 1920er Jahren, die das Erbe ihrer Väter antreten wollten. So gründete Oswald Oehmen, der Sohn von Theodor Oehmen, der 1923 kurzzeitig Minister in Dortens Kabinett der „Rheinischen Republik“ gewesen war, die „Rheinische Volksbewegung“, um die Autonomisten zu sammeln und die Politik seines Vaters weiterzuführen.<sup>13</sup>

Unter den französischen Besatzern gab es, gerade in der Anfangsphase der Besatzung, als die Grenzen noch sehr veränderlich erschienen, durchaus Unterstützer für einen unabhängigen Rheinbund mit enger Bindung zu Frankreich. Prominentester von ihnen war General Koenig, der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsarmee. Noch 1948 erinnerte er sich daran, dass er selbst in den 1920er Jahren im Regiment von General Mangin, einem Unterstützer der Autonomisten, im besetzten Deutschland gedient hatte. Dieses Mal, also

8 CAD, AP 59. Particularisme Palatin: Notes de la Sûreté (1947–1948). Renseignements, Objet: Réactions des milieux francophiles palatins à la suite du discours de Mr BÖGLER, au Landtag de Coblenze, 13.11.1947.

9 LESZINSKI, Separatismus, S. 39–40.

10 CAD, AP 59. Enveloppe réservée. Caisse 228, Carton No 21, Dossier 39. Note d'Information. Opinion d'un maire allemand sur le rattachement éventuel du Palatinat à la France, 19.10.1946.

11 Vgl. den Beitrag von Volker Gallé in diesem Band.

12 CAD, AP 59. Enveloppe réservée. Caisse 228, Carton No 21, Dossier 39. Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, Délégation Supérieure des Provinces de Hesse et Palatinat, Secrétariat Général. Le Général Bouley Gouverneur Militaire de Hesse-Palatinat to Monsieur l'Administrateur Général Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, Direction des Affaires Administratives, Direction de l'Intérieur, Baden-Baden, Objet: Renseignements sur Monsieur Bley, Adolf, 8.1.1946.

13 CAD, 1 RP 1893/3. Délégation du District de Trèves, Service Politique. Le Commissaire de la Sûreté Pohl, Chef du District de Trèves, an Monsieur le Contrôleur Régional de la Sûreté à Coblenze, Objet: Venue prochaine à Trèves du nommé Ohmen, Oswald, organisateur de la „Rheinische Volkspartei“, 21.1.1946.

nach dem Zweiten Weltkrieg, erklärte Koenig, müssten die Franzosen den Rheinländern helfen, sich von Berlin zu befreien, um die „positiven Effekte des französischen Denkens und Handelns weiterzuführen.“<sup>14</sup> Es gab also durchaus Verbindungen und persönliche Kontinuitäten zwischen den beiden französischen Besatzungen und der Einstellung zum rheinisch-pfälzischen „Separatismus“.

### 3. Unterstützung durch die französischen Besatzer?

Allerdings war die „separatistische“ Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht sehr groß. Denn die „Separatisten“ wurden in den 1920er und besonders in den 1930er Jahren unter der Herrschaft der Nationalsozialisten als „Vaterlandsverräter“ verfolgt. Viele mussten emigrieren oder wurden als politische Gefangene in Konzentrationslager inhaftiert und getötet.<sup>15</sup> Sie bräuchten Ermutigung von französischer Seite, urteilte ein Geheimdienstbericht Anfang 1946.<sup>16</sup>

Diese Unterstützung von französischer Seite erhielten sie jedoch nicht. Ein etwas vorgeschobener Grund war, dass die Franzosen die „Separatisten“ aus den 1920er Jahren für zu alt hielten.<sup>17</sup> Der eigentliche Grund dafür, dass die Franzosen „separatistische“ Bewegungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht noch einmal unterstützen wollten, waren die Lehren, die sie aus der Vergangenheit zogen. Die „separatistische“ Bewegung der 1920er Jahre hatte zu einem Erstarken des deutschen Nationalismus geführt. Außerdem hatte der Misserfolg der „Separatisten“ die Autorität der Besatzer diskreditiert, denn eine Reihe von französischen Generälen und Mitglieder der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz hatten die „Separatisten“ offen unterstützt. Zudem hatten die Alliierten die französischen Besatzer damals gezwungen, ihre Unterstützung einzustellen.<sup>18</sup> Diese öffentliche Unterstützung sei der größte Fehler der französischen Besatzung damals gewesen, urteilte die französische Besatzungsverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg. Deren Leiter Emile Laffon entsandte deshalb 1945 ein Memorandum an seine Verwalter in den Provinzen der Besatzungszone. Darin erklärte er, dass die Franzosen zwar ein dezentralisiertes Deutschland

---

14 SHD, 3 U 22. Commandement en Chef des Forces Françaises en Allemagne. Revue d'information des troupes françaises en Allemagne 1948–1950. No 33, Juni 1948, L'inauguration du Général Mangin, S. 35.

15 So zum Beispiel Josef Matthes, neben Adam Dorten eine der Hauptfiguren der „Rheinischen Republik“. Matthes emigrierte 1923 nach Frankreich, wurde 1941 von der Vichy-Regierung ausgeliefert und kam ins KZ Dachau, wo er 1943 starb.

16 SHD, 10 P 314. 2e Corps d'Armée, Etat-Major, 2e Bureau. Bulletins de renseignements 1945 (incomplets), Janv, Février, Mars 1946. Commandement en Chef Français en Allemagne, Commandement Supérieur des Troupes d'Occupation, 2e Corps d'Armée, Etat-Major, 2e Bureau. Rapport Hebdomadaire No 35, 28.1.1946, S. 1.

17 CAD, 1 RP 24/4. Notes de Sûreté. Le Commissaire de la Sûreté Pohl, Chef du District de Trèves to Monsieur l'Administrateur Délégué du District de Trèves. Objet: Renseignement sur un nommé SCHONS, Peter, ex-Kreiskommissar séparatiste, séjournant actuellement à Trèves, 23.8.1946.

18 Siehe den Beitrag von Max Oehlmann in diesem Band.